

Inhaltsübersicht

A. Einleitung	11
I. Thematik	11
II. Gang der Untersuchung	13
B. Grundrechtsbindung der Tarifvertragsparteien	15
I. Unmittelbare Grundrechtsbindung	15
1. Frühere Auffassung des Bundesarbeitsgerichts.....	16
2. Grundrechtsbindung zum Schutz des Einzelnen vor sozialer Macht.....	17
3. Grundrechtsbindung in Folge von Funktionsnachfolge staatlicher Rechtsetzungsbefugnis.....	18
4. Qualifizierung des Tarifvertrages als Normsetzungsvertrag.....	20
5. Unmittelbare Grundrechtsbindung durch einfachgesetzliche Anordnung.....	21
II. Mittelbare Grundrechtsbindung	22
1. Theorie der Ausstrahlungswirkung der Verfassung.....	23
2. Theorie vom Schutzauftrag der Verfassung.....	24
3. Unmittelbare Grundrechtsbindung nur an Art. 3 Abs. 1 GG.....	28
4. Bindung an Art. 3 Abs. 1 GG auf Grundlage der Schutzgebotslehre.....	30
III. Zusammenfassung	32
C. Grad der Bindung der Tarifvertragsparteien an den allgemeinen Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 GG	33
I. Umfang der Bindung des Staates an den allgemeinen Gleichheitssatz	33
1. Willkürverbot.....	34
2. Rechtsprechung zur „neuen Formel“.....	34
a) Willkürprüfung.....	35
b) „Mittlerer“ Prüfungsmaßstab.....	36
c) Verhältnismäßigkeitsprüfung.....	36
II. Vertreter einer strengen Bindung der Tarifvertragsparteien an den allgemeinen Gleichheitsgrundsatz	38
1. Argument der Fremdbestimmung.....	38
2. Vergleichbarkeit des Arbeitnehmers mit dem Wähler.....	39
3. Argument der Schutzpflicht.....	41

4. Gewährleistung des Grundrechtsschutzes durch die Tarifvertragsparteien	43
5. Argument der unzulässigen Belastung Dritter.....	46
6. Argument der gesetzgeberischen Untätigkeit.....	47
7. Argument der Zurechnung	49
8. Art. 3 Abs. 1 GG als ungeschriebene Grenze der Tarifautonomie	51
III. Vertreter einer schwächeren Bindung an den allgemeinen Gleichheitssatz	52
1. Argument der drohenden Tarifizensur	52
2. Argument der Mitgliedernähe	53
3. Privatrechtliche Legitimation des Tarifvertrages	54
4. Argument der besonderen Wertigkeit von Art. 3. Abs. 1 GG.....	56
IV. Auffassung der Rechtsprechung	57
1. Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.....	57
2. Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts.....	57
a) Unmittelbare Anwendung	58
b) Orientierung am Gerechtigkeitsgedanken.....	58
c) Sachliche Gründe und Willkürkontrolle.....	59
V. Konsequenzen der verschiedenen Auffassungen.....	60
1. Bemessung des Lohns anhand anforderungsbezogener Kriterien... 61	
a) Willkürkontrolle.....	61
b) Prüfung anhand des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit.....	62
2. Bemessung des Lohns anhand anderer Kriterien	63
a) Willkürkontrolle.....	63
b) Prüfung anhand des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit.....	64
VI. Stellungnahme	64
1. Vorliegen einer Ungleichbehandlung	65
a) Nachteil.....	66
b) Kompensierende Vorteile.....	67
2. Rechtfertigungsgründe.....	68
a) Wirkkraft des zu fördernden Individualgrundrechts aus Art. 3 Abs. 1 GG.....	70
aa) Begrenzung auf einen Minimalschutz	70
bb) Schwächere Wirkung aber keine Begrenzung auf den Minimalschutz.....	71
cc) Gleiche Wirkkraft des zu fördernden Rechts.....	72
dd) Begrenzung auf Minimalschutz bei Verwirklichung des Schutzes durch die staatlichen Gerichte.....	74
ee) Stellungnahme	76

ff) Folgerungen für die Abwägung zwischen Art. 3 Abs. 1 GG und Art. 9 Abs. 3 GG	76
b) Verstoß gegen den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	77
aa) Regelungszwang	78
bb) Möglichkeit von Interessenskollisionen	78
c) Verstoß gegen die Neutralitätspflicht des Staates.....	80
3. Erkennbarer gesetzgeberischer Wille.....	81
a) Gesetz zur Schuldrechtsmodernisierung	81
b) Politische Grundentscheidung des Gesetzgebers	83
aa) Unangemessene Benachteiligung	84
bb) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	84
cc) Gemeinsamkeiten	85
dd) Schlussfolgerung	87
c) Berücksichtigung der Grundrechte im Rahmen des § 307 Abs. 1 BGB.....	88
d) Zusammenfassung	89
4. Generelle Unverträglichkeit der „neuen Formel“ mit der Ausübung des Freiheitsrechts gem. Art. 9 Abs. 3 GG.....	89
a) Abgestufte Wirkkraft von Art. 9 Abs. 3 GG	89
b) Abgestufte Prüfungsintensität von Art. 3 Abs. 1 GG	90
c) Maximale Wirkkraft beider Grundrechte	90
5. Weiter Gestaltungsraum des Staates bei ähnlich gelagerten Regelungsbereichen	92
a) Besoldungsrecht	92
b) Wirtschaftsförderung	94
VII. Eigenes Schutzkonzept	94
1. Wesensgehalt von Art. 3 Abs. 1 GG fordert Willkürverbot.....	94
2. Funktionalität der Tarifautonomie.....	95
VIII. Prüfprogramm	95
IX. Einzelne Differenzierungskriterien	96
1. Arbeitswissenschaftlich ermittelte Lohnfindungsgrundsätze	96
2. Typisierung	97
3. Einschätzungsprärogative der Tarifvertragsparteien	98
4. Übernahme gesetzlicher Differenzierungsgründe	99
5. Berücksichtigung kompensierender Vorteile.....	100
X. Zusammenfassung	101

D. Überprüfung tariflicher Geltungsbereiche anhand von Art. 3 Abs. 1 GG	103
I. Vertreter einer weitgehenden Freistellung der Tarifvertragsparteien von Art. 3 Abs. 1 GG bei der Festlegung tariflicher Geltungsbereiche	103
1. Auffassung des 4. Senats des Bundesarbeitsgerichts	103
2. Verzicht als Sachgrund	105
3. Tarifvertrag als Vorbehaltsgut.....	106
II. Vertreter einer unveränderten Bindung der Tarifvertragsparteien an den allgemeinen Gleichheitssatz auch bei der Festlegung tariflicher Geltungsbereiche	106
1. Rechtsprechung der übrigen Senate des Bundesarbeitsgerichts...	106
2. Gegenstimmen der Literatur	107
a) Geltungsbereich als Teil des Tarifvertrages	107
b) Geltungsbereich als einschneidendste Regelung des Tarifvertrages	109
c) Argument der formellen Unterscheidung	109
aa) Vertreter einer starken Bindung an Art. 3 Abs. 1 GG bei der Festlegung des Geltungsbereiches.....	110
bb) Vertreter einer schwachen Bindung an Art. 3 Abs. 1 GG bei der Festlegung des Geltungsbereiches	111
III. Stellungnahme.....	112
1. Allgemein zum Wesensgehalt	113
2. Art. 9 Abs. 3 GG als Doppelgrundrecht.....	114
3. Zur Kernbereichsrechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.	114
4. Inhalt des Kernbereichs der kollektiven Tarifautonomie	116
5. Keine Verletzung des Wesensgehalts durch Kontrolle des Anwendungsbereiches eines Tarifvertrages auf Vereinbarkeit mit Art. 3 Abs. 1 GG	117
6. Zwischenergebnis.....	119
IV. Sonderprobleme.....	119
1. Unterschied zwischen Negativ- und Nichtregelung.....	119
2. Ungleichbehandlung durch Abschluss mehrerer Tarifverträge für verschiedene Gruppen.....	120
3. Koalitionsspezifische Interessen als Sachgrund für die Differenzierung im Anwendungsbereich eines Tarifvertrages	122
V. Eigenes Schutzkonzept.....	124

VI. Einzelne Differenzierungsgründe	125
1. Regelungsverzicht aufgrund schlechter konjunktureller Lage oder wirtschaftlicher Besonderheiten.....	126
2. Fehlende Schutzbedürftigkeit einzelner Arbeitnehmergruppen	126
3. Berücksichtigung weiterer Grundrechte.....	127
4. Neue Formen des tariflichen Handelns	128
5. Möglichkeit des Hinzuverdienstes	128
6. Offenhalten der Rechtslage	129
7. Besonderer Inhalt von Arbeitsverhältnissen.....	129
8. Regionale Unterschiede.....	130
VII. Zusammenfassung	131
E. Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen den allgemeinen Gleichheitssatz bei der Festlegung tariflicher Anwendungsbereiche	132
I. Verfassungskonforme Auslegung eines gleichheitswidrigen Tarifvertrages	133
II. Rechtsfolgen bei bewusstem Ausschluss einer Gruppe aus dem Anwendungsbereich eines Tarifvertrages	134
1. Rechtsfolgen für die Vergangenheit.....	134
a) Aussetzung des Verfahrens	136
b) Angleichung nach oben	137
aa) § 134 BGB als Ansatzpunkt für die Lösung des Problems ...	137
bb) § 134 BGB als Auslegungsregel	138
cc) Reichweite der Nichtigkeit	139
dd) Keine Anwendbarkeit des § 139 BGB auf Tarifverträge.....	140
ee) Schlussfolgerung: Für die Vergangenheit Anpassung nach oben	142
c) Besonderheiten einer gleichheitswidrigen Festlegung des Geltungsbereichs	143
2. Rechtsfolgen für die Zukunft	145
a) Allgemeine Rechtsfolgen einer gleichheitswidrigen Tarifbestimmung für die Zukunft	145
b) Rechtsfolgen für die Zukunft bei gleichheitswidriger Festlegung tariflicher Geltungsbereiche	147
aa) Keine Anwendung des § 139 BGB	148
bb) Keine Gesamtnichtigkeit des Tarifvertrages.....	148
cc) Gesamtnichtigkeit des Tarifvertrages	149
dd) Stellungnahme.....	149

ee) Anpassung nach oben	150
ff) Kündbarkeit des Tarifvertrages	151
gg) Nachwirkung des gekündigten Tarifvertrages	153
III. Zusammenfassung.....	154
F. Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse	155
G. Literaturverzeichnis.....	157